

eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erreicht werden, nach der übrigens heute die CDU/CSU im Bund besonders laut ruft, nachdem sie bei der Entstehung dieses Gesetzes wichtige Bestimmungen verschlechtert hat. Es wäre übrigens schon viel geholfen, wenn nur die bestehenden Gesetze und Vorschriften voll genutzt würden, insbesondere auch im Zusammenhang mit den Mitbestimmungsrechten der Jugendvertretung im neuen Betriebsverfassungsgesetz.

Auf Landesebene muß ein Netz von Berufsbildungszentren, überbetrieblichen Lehrwerkstätten und Fachschulen entstehen, die die regionalen Unzulänglichkeiten und Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur bewußt und planmäßig kompensieren. Auch der Jugendliche auf dem Lande muß die volle Ausbildungspalette zukunftsreicher Berufe vorfinden.

Mit großer Hoffnung verfolgen wir Sozialdemokraten die Modellversuche Kollegstufe, die ein Lösungsmuster dafür abgeben sollen, wie man über verbale Zusicherung hinaus den verhängnisvollen Gegensatz zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung endgültig überwinden kann.

FDP: Zeitgerechte Berufsbildung notwendig

Maßnahmen der Berufsbildung müssen an den Zielen eines zeitgerechten Bildungssystems orientiert werden. Die FDP-Fraktion befürwortet daher ein Ausbildungssystem, das dem einzelnen einen möglichst großen Freiheitsraum bei der Wahl und beim Wechsel von Ausbildung und Beruf gestattet.

Mit der anzustrebenden Durchlässigkeit in der Ausbildung und im Berufsleben wird gleichzeitig dem wirtschaftspolitischen Erfordernis Rechnung getragen, im immer wichtiger und schneller werdenden Wandel der Wirtschaftsstrukturen Fluktuationen ohne soziale Härten und mit der Möglichkeit des Aufstiegs und der Verbesserung zu gewährleisten.

Die bestehende strenge Trennung von beruflichen und studienbezogenen Bildungsgängen wird diesen Forderungen nicht gerecht. Wie weit die Voll-Integration der beruflichen und gymnasialen Schulform in einem Kollegstufenmodell das Problem der Trennung lösen kann, müssen die Versuche zeigen, die nicht allein die Integration des Lehrkörpers und der Schulorganisation, sondern auch einen vorbereiteten und durchdachten Lehrinhalt erproben müssen. Insoweit begrüßt die FDP die von Kultusminister Girgensohn angekündigte Einführung der Kollegstufe.

Eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist nach Meinung der FDP-Fraktion aus folgenden Gründen notwendig:

1. Gewährleistung umfassender Bildungsberatung,
2. einheitlicher Qualifikation,
3. verstärkter öffentlicher Kontrolle der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung,
4. stärkerer Berücksichtigung des „quartären“ Bereichs der beruflichen Weiterbildung.

Porträt der Woche



Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)
Stellvertretender Vorsitzender
des Justizausschusses

Dr. Hans-Ulrich Klose selber will es nicht wahrhaben, aber seinem Gesprächspartner drängt sich der Eindruck auf: preußisch-brandenburgisch ist nicht nur das breite, gedehnte „berlinerische“ Idiom seiner Sprache, preußisch-brandenburgisch sind auch seine politischen Leitvorstellungen. Der Aufbau des Staates und der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen soll klar gegliedert sein. Es muß deutlich voneinander unterscheidbare Verantwortungsbereiche geben. Nur dann ist eine wirksame Kontrolle der Macht – von unten und von oben – möglich. Die klare Ordnung ist für Klose in der bundesrepublikanischen Realität zu schwach entwickelt und deshalb auch das Instrumentarium für eine wirksame Machtkontrolle nicht genügend ausgebildet. Man sollte eine solche an Ordnungsvorstellungen orientierte Position nicht durch den Hinweis auf „law and order“ diskreditieren, sie hat es mit Überschaubarkeit und Sauberkeit auf allen Ebenen zu tun. „Preußisch“ vielleicht auch die Feststellung Dr. Kloses, daß es zu den bösen Nachwirkungen der NS-Zeit gehöre, daß der Wille zur Gemeinschaftsarbeit und das normale Nationalgefühl zerbrochen seien. Dadurch erhalte die Bundesrepublik zwangsläufig ein instabiles Moment.

Der 1935 in Rüdersdorf bei Berlin geborene Klose allerdings fühlt sich nicht als Preuße im Rheinland, für ihn ist „Preußen“ eine abgeschlossene historische Phase. Noch vor dem Abitur wurde der 17jährige Mitglied der Ost-CDU. Während des Jura-Studiums an der Freien Universität Berlin hatte er selbstverständlich Kontakte mit der dortigen CDU West-Berlins. Damals war noch möglich, was heute kaum vorstellbar: man konnte in der DDR wohnen und in West-Berlin studieren. Aber: 1956 verhaftete ihn der Staatssicherheitsdienst, er wurde wegen West-Kontakten zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Kein anderer und kein geringerer als der „linke“ hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller setzte sich für Klosens Begnadigung ein.

Als er nach 10monatiger Haft am 22. Dezember im Zuchthaus Brandenburg von seiner Mutter abgeholt wurde, gingen die beiden gar nicht mehr nach Hause, sondern gleich

nach West-Berlin. Konsequenz der Zuchthaus-Erfahrungen: der Politiker Klose wehrt sich gegen jede Erscheinungsform politischen Terrors, gegen jeden Extremismus von rechts oder links. Nebenergebnis der Zuchthauszeit: der Student Klose konnte in den Semesterferien als Dreher arbeiten, das hatte er nämlich im Zuchthaus gelernt.

Die weiteren Stationen: Juraexamen, Promotion über Kirche und Staat im Lande Hessen, RCDS-Vorsitzender in NRW, Gemeinderatsmitglied in Korschenbroich, Kreistagsmitglied in Grevenbroich, Landtagsabgeordneter seit 1966, Vorsitzender des Evgl. Arbeitskreises der CDU Rheinland. In der Landespolitik beschäftigt sich Klose in erster Linie mit Rechtspolitik, in der Kommunalpolitik in erster Linie mit Sozialpolitik. Denn beides, so sagt er, gehöre für ihn zusammen: die Landes- und die Kommunalpolitik wie auch die Rechts- und die Sozialpolitik.

Es sind nicht Ideologien, die Klose reizen. Er freut sich, daß sich das Image der CDU als katholische Partei abgeschliffen hat. Er wünscht sich die CDU als liberale Partei, gerade gegenüber einer sich seiner Meinung nach immer mehr ideologisierenden SPD. Es sind auch nicht die großen politischen Ziele, die Klose reizen. Mängel und Fehler in der Gesellschaft zu beseitigen, kleine alltägliche Dinge durch Einflußnahme zu ändern, darin sieht er eine wesentliche Aufgabe des Politikers.

Zu bescheiden? Vielleicht. Der Politiker Dr. Hans-Ulrich Klose fasziniert nicht, aber er überzeugt durch gediegene Ehrlichkeit.